

Neuss Grevenbroicher Zeitung vom
15.09.2016, S. 3

Landtag streitet um Integration von Flüchtlingen

VON DETLEV HÜWEL

DÜSSELDORF Die neuen Leitlinien von SPD und Grünen zur Integration von Zuwanderern – von der Kita über Schule und Hochschule bis hin zum Arbeitsmarkt – werden von CDU, FDP und Piraten abgelehnt. CDU-Chef Armin Laschet sagte, der rot-grüne Integrationsplan sei an vielen Stellen nicht konkret genug; „wir haben bessere Konzepte“. Nach Ansicht der FDP handelt es sich um ein „Sammelsurium von Forderungen an den Bund“. Die Piraten wiederum sprachen im Landtag von einer Luftnummer.

Integrationsminister Rainer Schmelzer (SPD) sagte dagegen, der Integrationsplan sei ein „notwendiger Schritt zur Weiterentwicklung der Teilhabe- und Integrationspolitik“. NRW sei stolz darauf, Einwanderungsland zu sein. Im vergangenen Jahr hat NRW rund 230.000 Flüchtlinge aufgenommen. Schmelzer räumte ein, dass es noch nicht genug Integrationskurse gebe.

SPD-Fraktionschef Norbert Römer sagte, man könne den Migran-

ten zwar nicht ihre religiösen Überzeugungen vorschreiben, aber man verlange von ihnen „die Akzeptanz aller politischen Grundwerte“.

Joachim Stamp (FDP) bekräftigte die Forderung, einen Rechtsanspruch auf Deutschkurse zu verankern. Außerdem müsse für Zuwanderer die Schulpflicht bis zum 25. Lebensjahr ausgeweitet werden. Dies entspreche auch der Expertenanhörung zum Integrationsplan. Stamp: „Wir wollen nicht, dass jemand seinen Namen tanzen kann, sondern wir wollen, dass er echte Zukunftschancen erhält.“

Auch die CDU hält die Ausdehnung der Schulpflicht für erforderlich, während der rot-grüne Integrationsplan dies nicht vorsieht. Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) verwies auf die zusätzlich eingestellten 6000 Lehrkräfte und betonte, der Regierung komme es darauf an, dass die Zuwanderer Schulabschlüsse vorweisen könnten. André Kuper (CDU) wiederum forderte vom Land mehr Unterstützung für die Kommunen, die die eigentliche Integrationsarbeit leisteten.

Westdeutsche
Allgemeine
Zeitung vom
15.09.2016, S. 4

Landtagsfraktionen streiten über einen Integrationsplan

Düsseldorf. Beim Thema Integration von Flüchtlingen sind sich die Fraktionen im Landtag grundsätzlich einig: NRW habe mit Zuwanderung gute Erfahrungen gemacht. Und gegen rechte Hetzer müssten alle Demokraten konsequent vorgehen.

SPD, Grüne und CDU wünschen sich bei der Integration ausdrücklich einen parteiübergreifenden Konsens. Dennoch schaffen es die Fraktionen nicht, einen gemeinsamen „Integrationsplan“ für NRW zu formulieren. Eine Vorlage von SPD und Grünen lehnten Union, FDP und Piraten ab. CDU-Landeschef Armin Laschet sagte, seine Partei habe „weitergehende Konzepte“. Joachim Stamp (FDP) rückte weit von Rot-Grün ab: „Wir springen nicht über jedes Stöckchen, das sie uns hinhalten.“

mk